

Im Gleichschritt in die Krise

von

Heiner Flassbeck

WuM, November 2001

Die Weltwirtschaft ist auf einer schiefen Bahn. Schon vor dem 11. September waren alle drei bedeutenden Wirtschaftsblöcke, die USA, Japan und Europa in der Gefahr, gemeinsam in eine Rezession zu schliddern. Seit dem 11. September hat sich die Gefahr enorm konkretisiert. Noch schlimmer ist, daß in weit stärkerem Maße als jemals zuvor in den letzten 30 Jahren heute viele Entwicklungs- und Schwellenländer in den Rezessionsvogel geraten. Weil sich diese Länder in den 90er Jahren zunehmend in die Weltwirtschaft integriert haben, sind sie heute unmittelbar weit stärker betroffen, wenn in der industrialisierten Welt die Nachfrage sinkt. In Asien etwa lieferten einige Länder so viele Halbleiter in die USA und nach Europa, daß mit dem Ende des High-Tech Booms in diesen Ländern die gesamten Exporte mit zweistelligen Raten einbrechen. An die Stelle der Rohstoffe, die viele Entwicklungsländer früher abhängig von dem Auf und Ab der Konjunktur machten, sind heute zwar Industrieprodukte getreten, die Abhängigkeit aber ist geblieben.

Paradox ist heute wie früher, daß die weniger entwickelten Regionen sich selbst kaum helfen können, sondern fast vollständig vom Verhalten der Industrieländer in der Krise abhängig sind. Weil die monetären Systeme und die Währungen im "Süden" (wenn man diese alte und kaum zutreffende Unterscheidung noch einmal benutzt) ganz eng mit denen im "Norden" vernetzt sind, haben die Regierungen und Zentralbanken wirtschaftlich schwächerer Länder kaum eine Chance, mit eigenen Mitteln bei einem Nachfrageeinbruch gegenzusteuern. Umso größer ist die Verantwortung, die den wirklich weitgehend autonomen und wirtschaftlich noch immer übermächtigen Regionen zukommt. Die G 3 aber, also die USA, Japan und Europa, sind keineswegs in gleicher Weise für ihre eigene Rolle in einer globalisierten Wirtschaft gerüstet. Es scheint, als sei das Thema "Globalisierung", das die Politiker doch so gerne im Munde führen, um von ihrem Volk Flexibilität und Anpassungsbereitschaft einzufordern, auf der Ebene der Politik noch nicht überall angekommen.

Nur die USA haben auf den Einbruch der Weltwirtschaft bisher in angemessener Weise reagiert, indem die Zentralbank die Zinsen drastisch vermindert hat und die Regierung Steuern senkte und den dadurch wie durch die schwache Konjunktur bedingten raschen Abbau der staatlichen Haushaltsüberschüsse hinnahm. Nach den tragischen Ereignissen in den USA wurde dieser Kurs noch einmal verstärkt, der kurzfristige Zins liegt jetzt deutlich unter der Inflationsrate. Japan ist trotz einer Verschärfung seiner jahrelangen Krise nicht in der Lage, sich aus der deflationären Falle zu befreien. Die Notenbankzinsen sind schon bei Null und die staatlichen Haushalte weisen so hohe Defizite auf, daß die neue Regierung sich bisher gescheut hat, die staatlichen Ausgaben hochzufahren oder die Steuern zu senken.

Das eigentliche Trauerspiel aber bietet Europa, oder besser, die Regierungen und die Zentralbank in der Europäischen Währungsunion. Bei den politisch Verantwortlichen scheint sich unabhängig von der Einmalaktion nach dem 11. September inzwischen die Überzeugung festgesetzt zu haben, gegen die Nachfrageschwäche könne man nicht ernsthaft vorgehen, weil sie

aus Amerika wie ein Naturereignis über den Atlantik geschwappt sei. Man müsse offenbar nur abwarten, bis aus Amerika wieder bessere Kunde komme. So meinte der deutsche Außenminister vor kurzem (Spiegel vom 20.8.2001), man stünde vor dem Problem, daß die Erfolge der "strukturellen Reformen bei Steuern und Renten aufgeessen" würden durch eine negative konjunkturelle Entwicklung "ausgelöst durch die Entwicklung in den USA". Davon dürfe man sich aber nicht irritieren lassen, denn man könne dies nicht mit binnenwirtschaftlichen Maßnahmen ausgleichen.

Was da geflissentlich übersehen wird, ist zum einen die Tatsache, daß die positive wirtschaftliche Entwicklung im Jahr zuvor vor allem ausgelöst war durch die USA - und die Unterbewertung des Euro - und nicht durch die eigenen "strukturellen Erfolge", die, selbst wenn man sie als solche bezeichnen wollte, es zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gab. Hinzu kommt, daß die USA inzwischen eine so große Auslandsverschuldung angehäuft haben, daß es fahrlässig ist, sie wiederum in die Rolle der Lokomotive für die Weltwirtschaft zu drängen. Noch schlimmer aber ist die Fehleinschätzung, daß man strukturelle Maßnahmen aus dem gesamtwirtschaftlichen und aus dem globalen Rahmen quasi herauslösen könne und nur auf deren positiven Wirkungen warten müsse, ohne den Blick auf das Ganze, also auf das Zusammenspiel vieler Einzelmaßnahmen in der Weltwirtschaft zu lenken.

Da diese Position in der deutschen und europäischen Politik vorherrschend ist, haben die viel geschmähten Globalisierungskritiker einen wichtigen, einen für die Glaubwürdigkeit des politischen Establishments fundamentalen Kritikpunkt: Für eine angemessene Wirtschaftspolitik in der eng miteinander verzahnten Weltwirtschaft reicht der Blick bis zum eigenen Kirchturm nicht aus. Jede große Region, der von den "Märkten" ausreichend Spielraum zum Handeln gegeben wird, muß im eigenen Interesse und im Interesse der Weltwirtschaft Verantwortung übernehmen und dazu beitragen, das System als Ganzes zu stabilisieren.

Europa, in Form der Zentralbank wie in Form der Regierungen, weigert sich aber beharrlich, die geforderte aktive Rolle zu spielen. Wer jedoch dazu nicht bereit oder wegen Selbstblockade nicht in der Lage ist, kann auch von den eigenen Bürgern nicht eine bedingungslose Unterwerfung gegenüber den Mächten der globalisierten Welt verlangen. Nur wenn Politik auf der globalen Ebene stattfindet, haben die Gewählten das Recht, den Bürgern die globalen Zwänge vorzuhalten. Der Gleichschritt der Weltwirtschaft in Richtung Abgrund wird zum Lackmustrtest werden für die Bereitschaft und die Fähigkeit der internationalen Politik, präventiv und kooperativ tätig zu werden, um einen kollektiven Absturz zu verhindern. Er wird aber auch zu einem Test dafür, ob Europa eine globale Rolle übernehmen und von den USA ernst genommen werden kann. Schließlich wird Europa sein ureigenstes wirtschaftliches Problem, die hohe Arbeitslosigkeit, nur beseitigen, wenn es jenseits der "Strukurreformen" für - durchaus ökologisch flankiertes - Wachstum auf der Nachfrageseite sorgt. Schon Kohl ist daran gescheitert, daß er glaubte, sich auf die ominösen Strukturreformen beschränken zu können und erleben mußte, daß alle erwarteten Erfolge "aufgefressen" wurden durch konjunkturelle Rückschläge. Drei Wachstumsdellen machen eben eine langfristige Wachstumsschwäche, weil sich Adam Riese durch noch so viel Wortgesäusel über "Strukturreformen" nicht überlisten läßt.